

Duett statt Duell

Das „TV-Duell“ ist vorbei. Unklar geblieben ist, warum Merkel und Steinmeier nicht mehr gemeinsam regieren wollen. Undeutlich blieb, worin die angeblichen großen Richtungsunterschiede zwischen den beiden Regierungsparteien Union und SPD bestehen sollen. Dafür viel Konsens über das gemeinsam Erreichte.

Die Chance, über die Probleme im Land zu reden, wurde verpasst. Steigende Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten, große Probleme für die Exportbranchen, wachsende soziale Unterschiede, soziale Verantwortungslosigkeit auf der einen Seite und tief sitzende Perspektivlosigkeit auf der anderen Seite, bessere und gebührenfreie Bildung und soziale Chancen für alle Kinder und das Einkommen im Alter – all diese Themen standen nicht im Mittelpunkt der Debatte. Klimawandel, Energiepolitik, Technologien der Zukunft, Arbeit für morgen und übermorgen, ein neues Wirtschaftsmodell nach der Krise, bei dem wieder die Lebensbedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen – keine Antworten auf die großen Richtungsfragen.

Wie kommt das Land aus der Krise? Die Antwort von Merkel lautete: durch mehr Wachstum. Wachstum, so Merkel weiter, entsteht durch Steuersenkungen. Diese Steuersenkungen werden durch Wachstum finanziert. Diese überholte neoliberale Wundertüte tischte Merkel auf. Steinmeier stellte zwar fest, dass die von Schwarzgelb angekündigten Steuersenkungen unrealistisch sind, aber einen alternativen Weg aus der Krise skizzierte er nicht. Nicht einmal seinen „Deutschland-Plan“ mit dem Vollbeschäftigungsziel bis 2020 kramte er hervor. Er nimmt ihn offensichtlich selbst nicht ernst.

Merkel wie Steinmeier verloren kein Wort darüber, wer die Kosten der Krise zu schultern hat. Merkel betonte, es dürfe nicht sein, dass die „einfachen Menschen die Lasten der Krise tragen“, während die Verantwortlichen über alle Berge seien. Was die Politik tun will, um zu verhindern, dass sich die Verantwortlichen davon stehlen – Fehlanzeige. Über die Bereicherungssucht von Managern und die Begrenzung ihrer Gehälter wurde zwar von beiden mit empörtem Unterton fabuliert, eine gerechte Besteuerung von großen Einkommen und Vermögen war dagegen kein Thema. Steinmeier traute sich nicht einmal, die zaghafte Erhöhung des Spitzensteuersatzes aus dem SPD-Wahlprogramm ins Spiel zu bringen.

Eine neue politische Richtung ist von der Steinmeier-SPD nicht geplant. Um 20:38 Uhr bekennt sich Steinmeier zu Hartz IV und zur gesamten Agenda 2010: „Wir waren auf einem guten Weg in Richtung Gerechtigkeit und sind dann durch die Krise zurückgeworfen worden.“ Um 20:54 Uhr stellt Steinmeier stellt, dass „wir in Deutschland eine Lohnspirale nach unten“ haben, die zudem die „Basis für Armut im Alter“ schaffe. Einen Zusammenhang mit der Agenda-Politik kann er nicht erkennen. Ebenso wenig will er erkennen, dass es sozialdemokratische Politik war, die den Finanzinvestoren Tür und Tor geöffnet und so die Krise mit herauf beschworen hat.

Steinmeier stellt zwar richtig fest, dass ohne sozialen Ausgleich Demokratie nicht vorstellbar sei. Wie dieser soziale Ausgleich aber wieder hergestellt werden soll, sagte Steinmeier nicht.

Gegen Ende spielt auch der Afghanistan-Krieg kurz eine Rolle. Steinmeier verspricht, bis 2013 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Abzug der Bundeswehr dann beginnen kann. Ein konkretes Abzugsdatum ist etwas völlig anderes.

Das TV-Duell zeigte die Bereitschaft beider zur Fortsetzung der Großen Koalition. Steinmeier konnte und wollte keine Alternative benennen. Deshalb konnte er auch nicht sagen, wofür die SPD verlässlich steht, was mit ihr auf keinen Fall zu machen sein wird. Sein einziges Bestreben ist, die SPD als Juniorpartner in eine neue Koalition mit Merkel zu führen und Außenminister zu bleiben.

Verschiedene SPD-Spitzenpolitiker entdeckten in der vergangenen Woche eine Reihe von Forderungen aus dem alten sozialdemokratischen Programmbestand neu, die sie während der vergangenen zehn Regierungsjahre in der SPD heimatlos gemacht hatten. Wie aber will die SPD ihre Forderungen umsetzen? Wie soll ein „Neustart der sozialen Marktwirtschaft“ (Steinmeier im TV-Duell) erfolgen? In der Koalition mit der CDU war es nicht möglich und wird es nicht möglich sein. Auch die FDP wird die Umsetzung sozialdemokratischer Politik nicht mitmachen. Damit ist alles über das politische Verfallsdatum der sozialdemokratischen Wahlversprechen gesagt: 28. September 2009.

Redaktionsschluss: 13. September 2009